

# WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 36 Perspektiven postnationaler Demokratie (2001), S. 83-87

Autorin: *Jadwiga Adamiak*

Rezension

Wolfgang Streeck (Hg)

**Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie.** Herausforderungen für die Demokratietheorie, Frankfurt/Main 1998 (Campus Verlag), 207 S., 36.-DM.

Die Macht von Politikern und Parlamenten in Nationalstaaten scheint zu schwinden. Zugleich verstärken sich Ansätze, soziale Sicherungssysteme zu demontieren. Das ist nicht nur auf die Globalisierung bzw. auf die von ihr bewirkte Mobilität von Kapital und Unternehmen zurückzuführen, die den Standortwettbewerb ausgelöst hat. Auch und gerade Versuche, darauf politisch zu antworten, indem z. B. die Europäische Union von einem lockeren Wirtschaftsverbund von Nationalstaaten zum supranational geführten Staatenbund/Bundesstaat umfunktioniert wird, wirken in die gleiche Richtung. Warum das so ist, ob und gegebenenfalls wie man dagegensteuern könnte, wird von den Autoren dieses Sammelbandes diskutiert.

Die Einleitung des Herausgebers, die allein ein Viertel des Buches ausmacht, gehört neben dem Beitrag von Claus Offe zu den beiden interessantesten Texten. Streeck beleuchtet, wie Internationalismus, Nationalstaat und Demokratie zur Durchsetzung von Partikularinteressen gegen einander ausgespielt werden (12 ff).

Er führt dabei aus, daß Politiker in Nationalstaaten zur Durchsetzung ihrer politischen Programme den Verweis auf internationale Sachzwänge nutzen. In dem Maße, wie dadurch die demokratische Willensbildung unterlaufen werde, stärke die Internationalisierung den Nationalstaat auf Kosten der Demokratie. Wirtschaftliche Liberalisierung brauche einen starken Staat einerseits nach innen, damit er den Wettbewerb als Ordnungsprinzip durchsetze. Er müsse sich gesellschaftlichen Gruppen verweigern, zu deren Gunsten er früher als Inter-

ventions- und Umverteilungsinstanz gewirkt habe. Andererseits könnten starke Nationalstaaten die Entstehung eines supranationalen Staates verhindern, der weniger dem Wettbewerb um Kapital ausgesetzt wäre, in dem daher die staatliche Monopolgewalt wiederhergestellt werden könnte. Dadurch wäre wieder Interventionspolitik im Sinne einer Umverteilung durchführbar. Demokratie würde dann nicht nur in ihrer liberalen Variante (Freiheit von staatlichen Eingriffen) buchstabiert, sondern wäre auch als soziale Demokratie (Korrekturen der Folgen des Marktes) möglich. Das sei derzeit auf der Ebene der Nationalstaaten nicht möglich, weil sie eher in Märkte eingebettet seien, als daß das Marktgeschehen in die Politik eingebunden wäre. Deshalb reiche der staatliche Erzwingungsapparat nicht weit genug, um Solidaritätspflichten auch gegenüber mobilen und reichlich mit Ressourcen ausgestatteten Akteuren durchzusetzen. Letztere könnten in andere, entgegenkommendere Staaten ausweichen, was zur Konsequenz habe, daß sich nationalstaatliche Politik darauf beschränke, attraktive Infrastruktur sowie weitere Anreize für Investitionen bereitzustellen.

Eine solche Situation hat Adam Smith, der als einer der Gründerväter der Nationalökonomie betrachtet wird, schon im 18. Jahrhundert gedanklich durchgespielt, erinnert Streeck. Er erwartete den einsetzenden Wettbewerb der *ancient regimes* um die kapitalkräftigen Bürger. Es kam anders: „Daß die im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts entstehenden Nationalstaaten Mittel finden würden, ihre Grenzen zu schließen und sich auf diese Weise gegen Regimewettbewerb zu schützen, hat Smith nicht vorhersehen können — ebensowenig wie die Möglichkeit, daß das staatliche Eingriffsmonopol nach Übergang der Souveränität von den Fürstenhäusern auf die politisch organisierte besitzlose Mehrheit der Bevölkerung zu deren verteilungspolitischem Instrument werden könnte. Überspitzt könnte man sagen, daß wir erst heute ... wieder in einer Phase angekommen sind, die dem liberalisierenden 18. Jahrhundert Adam Smiths vergleichbar ist“ (34). Diese Ausführungen versteckt der Autor in einer Fußnote. Sie zeigen aber, daß der erst durch eine entsprechende Politik durchgesetzte Neoliberalismus nicht als eine quasi Naturgewalt ohne Alternative zu sehen ist, auch wenn sich seine Protagonisten hinter angeführten Sachzwängen verschanzen. Um fundierter dagegenhalten zu können, müßten verstärkt Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle entwickelt werden, die auch angesichts der Globalisierung den sozialen Ausgleich betonen. Dies um so mehr als durch ein ungebremstes Laufenlassen neoliberaler Konzepte eine Legitimationskrise der Demokratie bei den Verlierern des Strukturwandels droht, wie auch Streeck festhält. Sonst bliebe nur zuzusehen, wie „der Kreis derjenigen, die darauf bestehen, daß ... der demokratische Staat zur Verhinderung der Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer in Anspruch genommen werden kann, auf die

Anhänger von Le Pen, Frey, Haider oder Buchanan zusammenschumpft“ (38).

Der Beitrag von *Joshua Cohen* und *Joel Rogers*, der der Frage gewidmet ist, ob eine egalitär-demokratische Politik die Internationalisierung überleben kann, wirkt aber nicht als überzeugendes Beispiel für ein Gegenkonzept zum Neoliberalismus. Ihr Ansatz fußt auf dem Gedanken, daß eine Verlagerung der Problemlösung auf näher am Problem angesiedelte lokale Diskussionsarenen bessere Resultate bringt.

Die Autoren konzentrieren sich vor allem auf Aussagen, daß die Teilnehmer an lokalen Diskussionsarenen alles über Probleme erfahren und daher aufrichtig an deren Lösung arbeiten. Das im öffentlichen Leben sowohl bei Politikern als auch bei Interessensvertretern beobachtbare Taktieren und Täuschen scheint in ihrem Lösungsansatz ausgeschlossen. Aber warum das so sein könnte, erfahren die Leser nicht. Daher wirkt der Beitrag eher naiv als kompetent.

Dieser Einschätzung würde der Herausgeber wohl widersprechen. Für ihn haben, was die Zukunft der sozialen Dimension der Demokratie angeht, Cohen und Rogers einen weitreichenden normativen Anspruch (40). Auch sie verfolgen indes keine Strategie der „Entkommodifizierung“, also einer Herausnahme größerer Teile gesellschaftlicher Arbeit aus dem Markt. Dies sei in der Nachkriegszeit von Sozialdemokraten versucht worden. Bei „Anerkennung wirtschaftlichen Zwanges als charakterbildende Kraft und die durch sie legitimierte Rückkehr der Ökonomie in die Demokratie einer „guten Gesellschaft“...entbehre eine solche Politik jeder selbsttragenden normativen Rechtfertigung (42/43). Sozialpolitik könne nicht der Entkommodifizierung dienen, sondern nur der Verbesserung der Vermarktungschancen der Gesellschaft insgesamt und ihrer Mitglieder (45). Damit dürften Autoren und Herausgeber nicht nur unterschreiben, daß im Mittel-Zweck-Verhältnis der Mensch bzw. seine Arbeitskraft der Wirtschaft zu dienen habe und nicht umgekehrt. Konsequenz wird auch demokratischer Politik eine Steigbügelhalterfunktion zugewiesen: sie darf helfen, „die vom Ethos der Effizienz“ durchtränkte Gesellschaft als solidarische Gemeinschaft zu reproduzieren (46).

Die Schwierigkeiten, die die Integration der EU-Mitgliedstaaten zu einem supranationalen Staatenbund/Bundesstaat begleiten, untersucht *Claus Offe* vor allem mit Blick auf das Demokratiedefizit, das die EU kennzeichnet. Dabei führt er eine Unterscheidung von negativer und positiver Integration ein. „Dabei wird unter negativer Integration die durch Entscheidungen der Kommission und gegebenenfalls des Europäischen Gerichtshofes sanktionierte Beseitigung tarifärer und anderer Hemmnisse für Handel und Faktormobilität verstanden, während positive Integration für die Entstehung eines einheitlichen Systems

der Regulierung von Wirtschafts-, Handels- und Sozialbeziehungen steht.“ (109). „Im Fall der rein negativen Integration steht der im weitesten Sinne sozialstaatliche Schutz auf dem Spiel, den die Nationalstaaten ihren Bürgern mit den Mitteln einer autonomen Arbeitsmarkt-, Sozial-, Geld- und Wirtschaftspolitik zu bieten in der Lage waren. Im Fall einer rein positiven Integration bleibt die demokratische Legitimation auf der Strecke, für die es nur in den Nationalstaaten eingespielte Mechanismen gibt, die aber auf europäische Ebene ... auf lange Sicht fehlen werden... Meine These ist, daß jede Zwischenlösung, die zwischen diesen beiden Extrempolen intakter nationalstaatlicher Souveränität einerseits und einer komplettierten europäischen Supranationalität .... andererseits gefunden wird, zwangsläufig beide Bezugswerte verletzt, den des wohlfahrtsstaatlichen Schutzes ebenso wie den der demokratischen Legitimation.“ (110 f) Fortschritte auf dem Weg zu einer europäischen Willens- und Wirkungseinheit werde es nur geben, wenn diese sich auf normativ überzeugende Gründe für die politische Integration stützen könnten. Deshalb sei zu prüfen, ob es europaweit potentiell verbindliche soziale Normen gebe (119). Es sei bereits von anderen Autoren gezeigt worden, daß „Europa“ kein Begriff mit zureichenden eigenen Bestimmungen und praktisch konvergenten Handlungsorientierungen sei, sondern ein „Gegenbegriff“... gegen den asiatisch-sowjetischen „Osten“, den kolonisierten „Süden“ und den angelsächsischen „Westen“ (120). Die europapolitischen Eliten seien deshalb nachdrücklich bemüht, die ökonomischen Interessen an der Realisierung des Binnenmarktes und seiner Regulierung mit einem Unterfutter symbolisch-expressiver und moralischer Prinzipien einer europäischen Identität auszustatten. Die Prüfung der normativen Argumentation, mit der die politische Union Europas begründet werden solle, zeige indes nicht durchweg negative, aber doch ambivalente Ergebnisse. Je spürbarer negative Auswirkungen der Integration würden, desto größer werde der Bedarf an verpflichtend wirkenden Argumenten für die Integration (131).

Einige der Beiträge des Sammelbandes sind sehr informativ und interessant. Etwa ein Drittel der Texte ist aber eher unbefriedigend. Sie wirken wie eine Ausschnittsammlung von Zeitungsartikeln der vergangenen Jahre zur Globalisierung, an die ein paar Zeilen theoretische Diskussion angeklebt worden sind.

*Jadwiga Adamiak*